

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Bekündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschufkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementsspreis pro Quartal M. 2 (ohne Versandgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2/10

Herausgegeben vom  
Deutschen Bauarbeiterverbande  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.  
Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreieckige Postzelle oder deren Raum berechnet

**Verbandskollegen!** Zahlt Eure Verbandsbeiträge regelmäßig jede Woche vom Jahresanfang an!

## Eine gerechte Besteuerung.

II.

Neben der Möglichkeit, die Staatsbürger indirekt, durch Belägerung ihrer Vermögens- und Einkommens, zu besteuern, besteht noch die Möglichkeit, sie direkt, durch Belägerung ihres Vermögens und Einkommens, zu besteuern. Wenn hierbei der Grundsatzz verfolgt wird, die höheren Einkommen verhältnismäßig stärker heranzuziehen als die niedrigeren, so haben wir statt der indirekten Besteuerung jeden Verbraucher gleichmäßig trifft, die die direkte progressive Personalsteuer. Diese progressive Steuer wird, während man die indirekten Steuern gewissermaßen umso mehr aufträgt, darauf hat schon Bismarck von Jahrzehnten hingewiesen, indem er meinte, wenn der indirekten Steuern mehrere feine Menschen, aber wenn der Gerichtswilligen die direkten Steuern abbüte, so erregte das sittliche Entrüstung. Hieraus erklärt sich das Verbrechen, das sich in allen Sichtern der Bevölkerung zeigt, sich von der Bezahlung direkter Steuern zu drücken, da man sie nicht auf andere abwälzen kann. Leider leider der Grundsatzz, daß man bei jedem Menschen, bis man sich vom Gegenteil überzeugt hat, eine strenge Pflichterfüllung voraussetzt, soll auf dem Gebiete des Steuerzahlers endgültig Schlußstrich. Es ist eine traurige, aber wahre Tatfrage, daß sonst sehr ehrliche und anständige Menschen zur Steuerunterziehung neigen, in der sie nichts Unrechtes erblicken, und daß diese Neigung mit der zu zahlenden Steuer wächst. So schwer es ist, im eingelenkt Hallen den Drückeberger zu fassen, so zeigt und doch die Statistik, daß die Zahl der wegen Steuerunterziehung bestraften Personen in rascher Zunahme begriffen ist. Obendrein werden noch die Steuerleistungsfähigen, deren Einkommen deutlich sichtbar oder leicht feststellbar ist, schwer belastet gegenüber jenen Kreisen, die über unsichtbare, aus verschiedenen Quellen gespeiste Einkünfte verfügen. Hierdurch wird der Vorzug der direkten Besteuerung, nämlich die Steuergerechtigkeit, alzu leicht ins Gegenteil verkehrt, weil zahlreiche, aus Handels-, Industrie- oder andern Kapital fließende Einkommen und Vermögen steuerfrei bleiben, während das Arbeitseinkommen vor ledigem Teil ist. Es ist also einer der wichtigsten Aufgaben einer gerechten Steuerpolitik, der Steuerden des Kapitals einen Siegel vorschieben und Mittel und Wege zu erfinden, um den Drückeberger das Handwerk zu legen. Vor allen muß dem Kapital die Möglichkeit genommen werden, Schiebungen und Verschiebungen zum Zwecke der Täuschung des Steuerfests vorgenommen oder gar mit seinem Raube am Volksvermögen ins Ausland zu flüchten.

Bei den hohen Ansprüchen, die während des Krieges und nach dem Kriege an den Steuerzettel gestellt werden, wird es sich wohl nicht vermessen lassen, neben einer progressiven Einkommensteuer auch noch Ergänzungsteuer einzuführen. Hierzu ist vielleicht eine Betriebssteuer geeignet, die die leistungsfähigen, großen Gewinne abwehrende Unternehmungen und Betriebsgruppen mit besteuert. Steuern belegt und die schwachen, noch in der Entwicklung befindlichen Betriebsgruppen freiläßt. Besonders wenn es sich um Unternehmungen handelt, die Angestellte erzeugen oder verarbeiten, kann es nicht unbillig geschlossen werden, hier die Steuerfreizeit stärker angudecken. Auch die Frage der Staatsempfehlung zur Erzielung hoher Einkommen, die in diesem Zusammenhang nur geringfügig werden kann, spielt in steuerlicher Beziehung eine wichtige Rolle. Selbstverständlich, wie wiederholen es noch einmal, haben die deutschen Arbeiter alle Interesse, ihre Wände auszumachen, um die Steuerpolitik denforderungen der sozialen Gerechtigkeit anzupassen. Das hierzu ein einheitliches Vorgehen eine unabdingbare Notwendigkeit ist, ist eine Einsichtswahrheit, die kaum noch beweisen zu bedarf. Auch von diesem Gesichtspunkte aus erscheint eine Zerstörung und die dadurch herbeigeführte Schwächung der modernen Arbeitersbewegung als ein verhängnisvolles Nebel. Will die deutsche Arbeiterschaft eine

den weiteren Weltkrieze, auf die der Staat im Zeitalter der Demokratie Rücksicht zu nehmen hat, daß die leistungsfähigen Schultern steuerlich belastet und die schwachen Schultern möglichst entlastet werden.

So sehr das System der direkten Besteuerung nun auch den Grundzügen des sozialen Moral und der höheren Verantwortung entspricht, so viert es doch bei seiner Verwirklichung manche Schwierigkeiten, vor denen die Steuerpolitiker zurücktreten. Es ist nämlich Tatsache, daß die direkte Steuer von jedermann als eine Last empfunden wird, während man die indirekten Steuern gewissermaßen umso mehr aufträgt. Darauf hat schon Bismarck von Jahrzehnten hingewiesen, indem er meinte, wenn der Gerichtswilligen die direkten Steuern abbüte, so erregte das sittliche Entrüstung. Hieraus erklärt sich das Verbrechen, das sich in allen Sichtern der Bevölkerung zeigt, sich von der Bezahlung direkter Steuern zu drücken, da man sie nicht auf andere abwälzen kann. Leider leider der Grundsatzz, daß man bei jedem Menschen, bis man sich vom Gegenteil überzeugt hat, eine strenge Pflichterfüllung voraussetzt, soll auf dem Gebiete des Steuerzahlers endgültig Schlußstrich. Es ist eine traurige, aber wahre Tatfrage, daß sonst sehr ehrliche und anständige Menschen zur Steuerunterziehung neigen, in der sie nichts Unrechtes erblicken, und daß diese Neigung mit der zu zahlenden Steuer wächst. So schwer es ist, im eingelenkt Hallen den Drückeberger zu fassen, so zeigt und doch die Statistik, daß die Zahl der wegen Steuerunterziehung bestraften Personen in rascher Zunahme begriffen ist. Obendrein werden noch die Steuerleistungsfähigen, deren Einkommen deutlich sichtbar oder leicht feststellbar ist, schwer belastet gegenüber jenen Kreisen, die über unsichtbare, aus verschiedenen Quellen gespeiste Einkünfte verfügen. Hierdurch wird der Vorzug der direkten Besteuerung, nämlich die Steuergerechtigkeit, alzu leicht ins Gegenteil verkehrt, weil zahlreiche, aus Handels-, Industrie- oder andern Kapital fließende Einkommen und Vermögen steuerfrei bleiben, während das Arbeitseinkommen vor ledigem Teil ist. Es ist also einer der wichtigsten Aufgaben einer gerechten Steuerpolitik, der Steuerden des Kapitals einen Siegel vorschieben und Mittel und Wege zu erfinden, um den Drückeberger das Handwerk zu legen. Vor allen muß dem Kapital die Möglichkeit genommen werden, Schiebungen und Verschiebungen zum Zwecke der Täuschung des Steuerfests vorgenommen oder gar mit seinem Raube am Volksvermögen ins Ausland zu flüchten.

gerechte Besteuerung, so muß sie zu einer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Macht werden, die bei der Neugestaltung der Dinge ins Gewicht fällt und ein gewichtiges Wort mitspricht.

## Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei.

Als sich im Frühjahr letzten Jahres ein Teil der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von der Reichstagsfraktion abgespalten und in der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ eine besondere Fraktion gebildet hatte, sagten wir im „Grundstein“, es sei nun wohl kaum noch jemand so naiv, zu glauben, daß diese Spaltung der Fraktion nicht auch die Spaltung der Partei zur Folge habe. Das brachte einige Angriffe ein. Man sagt uns, die Spaltung der Fraktion sei noch lange nicht die Parteispaltung, die Einheit der Partei werde sich auch bei dem Vorhandensein von zwei sozialdemokratischen Fraktionen erhalten lassen, und die feindlichen Brüder würden sich wieder vertragen. Inzwischen haben die Dinge den Gang genommen, den sie nach unserer Überzeugung nehmen müssen: die Spaltung der Partei ist durch die Einberufung einer Sonderkonferenz der Parteiopposition zum 7. Januar und die darauf folgenden Beschlüsse des Parteiausschusses vom 18. Januar in aller Form erfolgt.

Eine einheitliche sozialdemokratische Partei gab es ja in Wirklichkeit seit langem nicht mehr. Seit Jahr und Tag werden die offizielle Partei, die Parteileitung und die Reichstagsfraktion von der Opposition in einer Weise bekämpft, wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege selbst vor dem berüchtigten Reichstag niemals bekämpft worden ist. Das steht keinem mit geistigen Waffen mehr, sondern ein plannäßiges Herunterziehen und Beschimpfen. Zum Reichstag und in verschiedenen Landtagen haben sich besondere Fraktionen der Opposition gebildet. Die selbstverständliche Verteilung der demokratischen, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, wird von der Opposition seit langem nicht mehr beachtet. Disziplinärliche der Minderheit sind zu einer läudlichen Erscheinung geworden. Parteiblätter wurden bekämpft und konfisziert, Parteigeschäfte an den Stand des Klubs gebracht. Und nicht nur die für eine demokratische Partei selbstverständliche Einheitlichkeit des Handelns hat aufgehört, sondern einzelne Wahlvereine haben auch bereits die Beitragssperre beschlossen. In den Versammlungen dieser Vereine wurde in der Bekämpfung der Parteinführung und der Parteienheit ebenfalls das menschlichste geleistet. In anderen Kreisen, wo die Opposition zur Durchführung ihrer Absichten so schwach war, bot sie alles auf, um wenigstens den Verlauf der Versammlungen zu fören. Alles das hat die Gegenpartei mit einer Ruhe ertragen, die Bewunderung erregen muß. Als aber die Opposition zum 7. Januar eine Konferenz nach Berlin berief und dort den Kampf gegen die Partei innerhalb der Gegenpartei plausibel organisierte, da war das Maß desetters überwoll, was eine Organisation, die sich nicht selber zugrunde richten will, noch ertragen kann. Der Parteiausschuss erklärte nun, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und ihre Anhänger hätten sich durch die Gründung einer Sonderorganisation außerhalb der Partei gestellt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr seien unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gegenpartei. Es sei nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, den unehrenhaften Doppelspiel aller Parteieröffner ein Ende zu machen und die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen sei, die sie noch während des Krieges und nach seiner Beendigung zum Wohl der Arbeiters und der weiteren Weltkreise zu erfüllen habe.

Dieser Weisung des Parteiausschusses bedeutet die Auströhung der Sonderbündler aus der Gesamtpartei. Es ist kein Zweifel, daß die führenden Geister der Parteiopposition und das insbesondere die Gruppen der „Spartakisten“ und der „Internationalisten“

mit voller Absicht auf dieses Ziel hingearbeitet haben. Daraus ändert auch das Geschimpfe der Blätter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nichts, die trotz allem, was die Gesamtpartei in den letzten zwei Jahren über sich hat ergehen lassen, noch von Indulgenz fehlen reden. Dieses Geschimpfe ist weiter nichts als Sand in die Augen dieser, vor denen man die Verantwortung für die mit voller Absicht herbeigeführte Spaltung und Gründung einer Sonderorganisation nicht offen übernehmen mag. Jene Gruppen der Opposition, die sich vorgenommen hatten, den Kampf gegen die Partei zu fordern innerhalb der Partei weiterzuführen, weil sie dabei auf die besten Erfolge hoffen konnten, und jene, die um die Herrschaft in der Partei und um die Parteiführer kämpften, mögen allerdings von dem Beschluss des Parteiausschusses unangenehm überrascht worden sein. Über sie konnten nicht erwartet werden, daß die Partei ihrem Tun auf die Dauer unfähig zusehen werde.

Wenn wir sagen, die Dinge hätten den Gang genommen, den sie nehmen müssen, so wollen wir dann nicht sagen, daß wir uns über das Ende einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei freuen oder daß uns die Spaltung erfreuenmöchte erscheinen wäre. Ganz im Gegenteil! Wir waren und sind von der Notwendigkeit einer starken, einheitlichen Sozialdemokratie als politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften voll überzeugt und bedauern die während des Krieges von sich gegangene Parteiteilung aufs tiefste. Gerade darum haben wir dieser Parteiteilung von allen Anfang an entschieden entgegengewirkt, bis wir uns von der Unzulänglichkeit unseres Strebens überzeugt hatten. Der Grund, weshalb es so kommen mußte, liegt vielmehr in den Dingen selbst, in den politischen Gegebenheiten, die sich innerhalb der Partei aufgetragen haben. Trotz allen Leidens gibt es in der Parteiposition Gruppen von Leuten, die die Pflicht der Vaterlandswerteidigung nicht anerkennen. Der Gegenseitigkeit zwischen ihnen und der Parteimehrheit ist unüberbrückbar. Bei dem Haß, den sie gegen die Träger der Politik vom 4. August hegen und den sie in ihren Pamphleten gegen die Parteimehrheit zum Ausdruck kommt, war eine Zusammenarbeit auf die Dauer einfach unmöglich; sie hätte sich auch nicht mehr mit den einfachsten Forderungen des politischen Zustandes vertragen. Dazu kommt, daß während des Krieges die zusammenhaltende und zusammenhaltende Kraft der politischen Realität zum guten Teil weggeschlagen ist, jener Kraft, die bis zum Kriegsausbruch so monache Parteileute überwundene. Darum mußte es so kommen, wie es gekommen ist. Die Dinge haben eben ihre eigene Logik und entwickeln sich nach ihrem eigenen Gesetzen!

Collego Wimig hat seinerzeit an dieser und an anderen Stellen ausgedehnt, daß die Gewerkschaften, weil sie unbedingt eine starke politische Interessenvertretung brauchen, selbst ein Aktionszentrum zur politischen Vertretung ihrer Interessen bilden müßten, wenn die Herrschaft der Partei zu ihrer Aufzehrung und dahin führen sollte, daß sie zur Vertreibung der Arbeiterschaften nicht mehr fähig sein sollte. So weit ist es bis heute glücklicherweise nicht gekommen, und es besteht also die Hoffnung, daß es auch in Zukunft nicht dafür kommt. Der Beschluss des Parteiausschusses scheint uns vielmehr der Parteieröffnung über das jetzt erreichte Maß hinaus einen Ende zu machen. Damit bliebe eine, wenn auch gewißwerte, so doch immerhin noch starke sozialdemokratische Partei erhalten, eine Partei, die mehr den Interessen der Arbeiter und der Gewerkschaften dienen kann, als sie es unter dem Einfluß einer großen Zahl gewerkschaftsfreindlicher Elemente in ihren Reihen könnte. Es ist auch zu hoffen, daß die Partei nach erfolgter Meinungswendung wieder einen solchen Aufschwung nimmt, womöglich der Bruderkampf auf die Werbearbeit nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Es ist nun leider sicher, daß sich die "Spartakus" und "Internationale" mit ihren "Erfolgen" in der politischen Organisation der Arbeiterschaft nicht zufrieden geben. Sie werden den Kampf gegen die Gewerkschaften in der nächsten Zeit mit allen Mitteln fortführen. Auch in der Arbeitsgemeinschaft gibt es Leute, die sich daran beteiligen. Man führt diesen Kampf unter dem Schlagwort: „Gewinn die Gewerkschaften!“ So empfahl der Reichskanzler Dr. Joseph Herzfelde – wenn wir nicht irre, ist Herzfelde nebst auch Millionen, weßhalb er wohl besonders viel proletarisches Empfinden hat – in einer Berliner Versammlung, innerhalb der Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsinitiativen und „die sozialparlamentarische Haltung der Gewerkschaftsbürgere“ vorzugehen, und zwar durch Gewinnung der Leitungen. Das gleiche verlangte auf der Reichstagssitzung die Spartakusgruppe in einer Resolution. Sie erfreut zu diesem Zweck die Zusammensetzung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmittel, also ansonsten die Gründung von Sonderorganisationen innerhalb des bestehenden Verbänden nach dem – nun allerdings misslungenen – Muster in der Partei. Noch weiter gehen die „Internationals“ unter Julian Borchardt Jähnig. Diese Gruppe legte auf der Reichskonferenz der Opposition eine Resolution vor, die folgenden, auf den Kampf gegen die Gewerkschaften bezüglichen Satz enthält:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinitiativen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Organisierung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmittel und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsbürgers.“

Diese Gruppe will also überhaupt Sonderorganisationen mit einem eigenen Gewerkschaftsbürgerschaffen; wahrscheinlich will sie die anarchistisch-syndikalistischen Organisationen mit der bei Kriegsausbruch seines entlassenen „Einigkeit“ wieder erwecken. Die Gewerkschaften werden demnach in der nächsten Zeit ganz besonders auf der Hut sein müssen, damit ihnen nicht durch fanatische Menschen in ähnlicher Weise mitgespielt

wird wie der sozialdemokratische Partei. Je früher sie gegen einzelne Feinde in den eigenen Reihen einschreiten, um so geringer ist das Unheil, das ihre Gegner unter ihnen anrichten können.

### Haben wir den Sozialismus im Land?

Zurzeit sind die Feinde der Arbeiterbewegung und die Gegner des Sozialismus eifrig bemüht, gegen den Sozialismus Stimmung zu machen. Sie tun das dadurch, daß sie die während des Krieges durchgesetzten, lediglich aus Kriegsnotwendigkeiten geborenen, Durchführung des Krieges bezeichnen und indem sie an den jüngsten Verhältnissen dastun, wie unmöglich doch die dauernde Einführung des Sozialismus sei. Es ist das ein, für vernünftige Menschen allerlei sehr durchsichtiger, Berlich, die Unzufriedenheit großer Volksstreupe aufzuzeigen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß bei den bis jetzt ergangenen Kriegsmaßnahmen, von einer Verwirklichung des Sozialismus keine Rede ist. Der Sozialismus wird nicht verwirklicht, indem man eingehend untergeordnete sozialistische Gedanken verwirklicht und die eigentlich sozialistischen Hauptgedanken unverhältnismäßig läßt. Zum Sozialismus steht allen bisherigen Kriegsmaßnahmen die Grundvorstellung, nämlich die Vergleichsfertigung der Produktionsmittel und der Wegfall des Profits. Alle bis jetzt ergangenen Maßnahmen zur Regelung der Warenverteilung, alle gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung der allgemeinen Arbeitszeit verhindern nicht die Ausdeutung des einen Volksstaus durch den anderen, sie verhindern nicht, sondern begünstigen sogar zum Teil die Annäherung großer Privatvermögen auf der einen und die Verarmung großer Volksmassen auf der anderen Seite. Das ist selbstverständlich kein Sozialismus, sondern das Gegenteil, und es gehört wahrlich groß Dreiflügel, aber abgrundtiefen Unverständnis dazu, aus der großer Unzufriedenheit mit denjenigen Kriegsmaßnahmen daß sozialistische Gedanken ausbleiben. Denn die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsstrata reicht sich nicht gegen die Verwirklichung eingeliebter sozialistischer Gedanken, sondern dagegen, daß infolge der Nichtverwirklichung der sozialistischen Grundgedanken heute noch der Widerstand ist. Man macht also den Sozialismus ganz für Unzufriedenheit, die nicht aus dem Sozialismus, sondern aus dem immer noch in höchster Würde stehenden Kapitalismus röhren.

In der „Konfessionssozialistischen Rundschau“ vom 28. Dezember letzten Jahres beschäftigt sich Ernst Mörsch mit diesen Dingen, wobei er ja den gleichen Gedanken wie wir. Er schreibt:

„In der Öffentlichkeit ist die Bezeichnung der staatlichen Krieger in unserer Wirtschaftskraft aus Ablauf des Krieges auschließlich mit dem Begriff „Staats- oder Kriegssozialismus“ erfüllt. Kritisches hat man Wissensmaßnahmen, die einerseits im Interesse der Gesamtheit, andererseits aber doch auch vor allem zur Erhaltung kapitalistischer, privatwirtschaftlicher Betriebe erfolgten, in das Zeichen des „Sozialismus“ gestellt. Da es sich hier ausschließlich um Vorgänge auf dem Gebiete der Wirtschaft handelt, kann man von einer soziologischen Definition des Begriffes „Sozialismus“ im weiteren Sinne ganz absieben. Bleiben wir also ganz auf dem Gebiete der Wirtschaft, unterlassen wir hier, was „Sozialismus“ heißt und stellen wir dann fest, ob wir berechtigt sind, heute vom Sozialismus, sondern aus dem immer noch in höchster Würde stehenden Kapitalismus sprechen.“

In der „Wirtschaftssozialistischen Rundschau“ vom 12. Dezember letzter Jahres beschäftigt sich Ernst Mörsch mit diesen Dingen, wobei er ja den gleichen Gedanken wie wir. Er schreibt:

„In der Öffentlichkeit ist die Bezeichnung der staatlichen Krieger in unserer Wirtschaftskraft aus Ablauf des Krieges auschließlich mit dem Begriff „Staats- oder Kriegssozialismus“ erfüllt. Kritisches hat man Wissensmaßnahmen, die einerseits im Interesse der Gesamtheit, andererseits aber doch auch vor allem zur Erhaltung kapitalistischer, privatwirtschaftlicher Betriebe erfolgten, in das Zeichen des „Sozialismus“ gestellt. Da es sich hier ausschließlich um Vorgänge auf dem Gebiete der Wirtschaft handelt, kann man von einer soziologischen Definition des Begriffes „Sozialismus“ im weiteren Sinne ganz absieben. Bleiben wir also ganz auf dem Gebiete der Wirtschaft, unterlassen wir hier, was „Sozialismus“ heißt und stellen wir dann fest, ob wir berechtigt sind, heute vom Sozialismus im Wirtschaftsbereich zu sprechen.“

Der Wirtschaftssozialismus hat sicherlich die Überwindung des Kapitalismus durch Aufhebung oder Verminderung des privaten Eigentums und privaten Besitzvermögens (Kapitalismus, Unternehmensgewinn) erwartet. Das ist die Grundidee des Kommunismus wie auch des – das genossenschaftliche Prinzip anerkannten – Kollektivismus. Hieraus geht schon hervor, daß die meisten Kriegsmaßnahmen auch nicht im entferntesten sozialistischen Geiste agieren. Abwehrvorbereitung aller großer Härten und hier und da Bevölkerung aller augensichtlicher Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems tragen wohl sozialreformistischen Charakter. Die, die es tun, wären aber wohl sehr enttäuscht, wenn man ihnen damit sozialistisches Handeln unterstellen würde. Und wenn man die Haltung unserer regierenden Kreise jetzt beim Hilfsdienstgesetz ansieht und die schweren Wahlen kennt, die es gefordert hat, ehe die Arbeiter- und Angestellteninteressen wahren Paragrafen durchgesetzt waren, wie wenig sozialer Willen vielmehr an den leitenden Stellen vorhanden ist.

Das, was wir jetzt in starkem Maße haben, ist vielleicht Staatssozialismus zu benennen. Der Staatssozialismus ist seinem ganzen Wesen nach den wirtschaftssozialistischen Ideen fremd. Nur äußerlich gleichtartige Veränderungen sind sozialversprechende Namen, können wir uns doch heute ganz gut Staatssozialismus denken, der politisch von einer aristokratisch-patriarchalischen Verfassung getrennt, wie der radikale Kapitalismus als Produktionsmittel vertritt, aber wie in den Zeiten privatwirtschaftlicher Wirtschaftsorganisation die Güterverteilung und -verteilung regelt. Sehr richtig nennt E. von Wies ein solches Organisationsystem Staatskapitalismus. Und wenn wir heute all die Erfahrungen unserer Kriegswirtschaft mit ihren starken sozialistischen Eingriffen und den gleichzeitig fast ins Unermeßliche steigenden Kriegsgegenwart betrachten, dann schaut es wohl auch angebracht, heute nicht von Staatssozialismus oder Kriegssozialismus, sondern von Staatskapitalismus zu reden... Wir werden bei Ausgang des Krieges nicht vor der Wahl stehen: wie Kapitalismus, wie Sozialismus, sondern die tatsächliche

Formel wird sein: wie Staatskapitalismus? wie Privatkapitalismus?

So ist es! Und Mörsch hat auch ganz recht, wenn er auf die Gefahr hinweist, die sich für den Untermilitärischen, ob er Konsument oder Arbeiter sei, aus dem Staatskapitalismus ergeben kann. Diese Gefahr, die er in der drohenden Veränderung des wirtschaftlichen und politischen Freiheit sieht, können nur durch die Arbeiterbewegung überwunden werden. Die Gefahren, die in der Entwicklung zum Staatssozialismus liegen, indem er sich eben unter der politischen Oberfläche der wirtschaftlichen Machthaber zum Staatskapitalismus wandelt, lehren uns von neuem, daß der Sozialismus nicht von oben, sondern nur von unten herauf, und zwar in forschender, gründlicher Organisierungskarriere kommen kann. Auf diesem Wege allein – auf dem Wege der Genossenschaft und der Gewerkschaft – können wir zum Ziel, zum Sozialismus gelangen.“

Möchten sich doch alle Arbeiter über die Arbeitsetat dieser Worte stärken! Sie belogen, daß die Arbeiter der Sozialismus nicht eines schönen Tages von selbst bekommen werden, daß er ihnen auch nicht zufällt infolge Demonstrationen und revolutionärer Nieders, sondern daß sie ihn selbst aufbauen müssen in unermüdlicher praktischer Arbeit.

### Zwei Kundgebungen der deutschen Gewerkschaften.

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der deutschen Friedensangebote durch die Entente haben die Leitungen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 16. Januar an den Reichslandtag folgendes Schreiben gerichtet:

„En. Eggenberg haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstag das Friedensangebot Deutschlands im Namen der Vereinten Konferenz der Arbeitnehmer und Angestellten Deutschlands vorgelegt. Das bewies die freudige Aufnahme der Bevölkerung des Kaiserreichs.“

Aus Anlaß der Übereinigung der

den. Sie dient dem Schutz unserer an den Fronten kämpfenden Soldaten und der Bevölkerung. Ihr Erfolg ist von großer Bedeutung für die Sicherheit unserer Heimat und die Angelegenheiten des Reiches. Ein wichtiger Faktor bei der Durchsetzung des Gesetzes nicht nur gegenwärtig, sondern auch fristig. Angefangen der rücksichtslosen Ausübung des Friedensangebotes Deutschlands und seiner Verbündeten sofern das Interesse des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente führen wir uns verpflichtet, um Ergebnisse zu erhalten, doch wir alles daran setzen, den vollen Willen des Gesetzes auf sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln."

## Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

## Ergebnis der Feststellung vom 15. Januar.

Aus den beiden preußischen Provinzen und Münchener ist der Bericht aufgeschrieben. Das Teilstück erstreckt sich von der halben Höhe über 724 von 725 in den beschriebenen Städten vorhandenen Zweigvereinen. Von den damit erfassten 6740 Mitgliedern waren 590 oder vom Hundert 1,11 erfasst worden. Am vorigen Zähltag lag es unter 74 350 erfassten Mitgliedern 373 Arbeitsstätte, auf ihrer Hundert 0,99. Es ist somit eine weitaus Zunahme eingetreten, an der nur vier Bezirke unbestreitig blieben: nämlich Bremberg, Magdeburg und Hammwerd, wo die Arbeitslosigkeit noch etwas abnahm, sowie Stuttgart, wo sie den Stand vom vorigen Zähltag beibehielt. Somit das Verhältnis der Arbeitslohen zu Mitgliedern je ein Hunderttel überlegen, betrug es in Königsberg 5,8, in Stettin 5,3, in Bremberg 4,7, in Straßburg 4,1, in Potsdam 2,5, in Almberg 2,0, in Breslau 1,8, in Berlin und Erfurt 1,6, in Leipzig 1,5 im Hundert. Die Bezirke Königsberg, Bremberg und Stettin hatten auch schon am vorigen Zähltag die größte Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosenunterstützung ist in der Berichtswoche nur in 8 Fällen ausgeschüttet worden. Es werden hier noch einige Arbeitslosenfälle aus dem Monat Dezember zu unterstützen gewesen sein, da ja unsere Arbeitslosenunterstützung im Januar und Februar ruht.

eines Teiles unserer Kriegsteilnehmer steht im umgekehrten Verhältnis zu dem des Verbandes ihnen gegenüber. Es handelt sich um eine Bevölkerungsabzehrung. Es wurden 13.806 Wallonier und 11.100 Räuberstämmen eingetragen, in Durchschnitt auf einen Mitglied 40 Wallonier und 30 Räuberstämmen im Jahr. Diese Ziffer beweist, daß viele Räuberstämmen die Vorjahre geschwächtigt wurden. Am Schluß des Jahres 1915 waren 143, am Schluß des Periods des Jahres 1916 145 Kollegen mit Beiträgen im Räuberstamm. Für die Hauptlasten für das Jahr 1916 wurden 11.081,05 eingemessen, auf 4014,55 Räuberstämmen konnten in bar eingefordert werden. Zur Unterstützung dieser Familien unserer Kriegsteilnehmer war ein Aufschuß von

Der Haupthaft von ab 10 400 erforderte. Die Kostenstabilität hatte mit dem Kostenbefund von ab 25,25,62 Ginnahmen der Al. 0854,90 Ausgaben. Der Kostenstabilitäfnd beträgt ab 28 410,72, wodurch Al. 27 413,18 einsträngig angefordert ist. Als Unterstiftung müssen an die Mitglieder zurück: für Arbeitslosigkeit Al. 252, in Krankheitsfällen Al. 2003,70 und in Sterbefällen Al. 790 und in sonstigen Notfällen Al. 260, aufzunehmen. Al. 15 889,70. Die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis jetzt aus der Haupthaft mit Al. 29 172 unterstiftet. Aus diesen Befunden geht hervor, daß vom Verband viel zu viel geplündert wurde. Das war nur möglich, weil die Organisation in mehrfacher Weise schon frühzeitig die Beitragsabrechnung für große Anforderungen eingestellt hat. Um Schaden unseres Vereiches würden wir den Wunsch aussprechen, daß ab der Zahl 1917 uns den langersehnten Frieden bringen möge.

**Lübeck.** (Jahresbericht.) Während wir in dem Kriege vorangehenden Jahren eine größere Heilflosigkeit hatten, so da die Bevölkerung des Reiches noch am meisten unter der Kriegswirtschaft litt, so im Jahre 1916 ein völliger Umsturz eines Es gab werden. Im Winter haben wir gegen auf Wunsch der Unternehmer, aber auch wegen der hochsitzenden Leuerung, bei genügend Feuer und Belebung die neueneinführliche Arbeitszeit beibehalten. Die Steuerungsanlage, die wir im Sommer befamten ist heute schon völlig ungenügend. Wir traten in das Jahr 1916 mit 437 Mitgliedern ein. Im Laufe des Jahres sind 19 Kollegen dem Verband beigetreten, 12 wurden von Mitgliedern entlassen, abgereist sind 12, geforben 7, zum Heer eingedient eingezogen, 61 verloren, rückkehrt sind 10, gestorben 8. Am Schlus des Jahres gaben wir noch 200 Mitglieder an. Die Summe der Finanzen für das Jahr 1916 beträgt 10 257 000. In dieser Summe steht ein Zuschuß aus Hamburg von 8 400. Ausgegeben hat die Hauptversammlung am Ort: für Sterbeunterstützung 1 167, für Frauenunterstützung 2513, für Schießlohnunterstützung 1 402,45 und für Unterrichtung an unsere Kriegerfamilien 8 894. Die Gesamtausgabe für Unterrichtung besteht sich also auf M 13 614,45. Die Hollaffe nahm M 2767,50 und gab M 5105,03 aus. Es hat einen Rattenbefreiungssatz von 1000,- M. Viel Mühe geht auf, um den feindlichen Angriffen zu trotzen, in denen die Soldaten Frost und Hunger zu erden und zu fügeln. Mögen aber auch über der im Felde stehenden Kollegen bestehen, daß der Verbundene der ihnen in diesem unfreien Kriege treu zur Seite gestanden hat, ihnen auch ferne eine Stütze sein wird. Wie allein in dem Heimat freie vermögen, daß soll weiter blühen für die jüngeren Kollegen, die an den Fronten tapfern und für die wir alle auf ein Wiedersehen hoffen. Wenn vielleicht im Anfange des Krieges durch Rückzugung unferes Reichsblattes manches veräumt worden ist, hofft dies doch nicht an nach bestem Kräften nachgeholt werden, da es die Freiheit und Würde der Freiheit die freudlichen Antworten sind.

der Arbeitersbewegung ein nach unserer Überzeugung wahrhaft verbrecherisches Spiel mit dieser Bewegung zu treiben. Es ist gut, wenn größere Kreise der Arbeiterschaft erfahren, wer hinter diesem Herrn steht, der heutzutage gekonnt in einem sozialdemokratischen Blatt, das sie ja längst als denkensleer und uninteressant aufstieß, die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften herunterzerrt und an ihrer Vernichtung interessiert ist, um Schädigungen zu dulden. Zu ihrer Nummer vom 25. Juli 1915 schreibt die „Wochenderzeitung“ unter dem Überschriften „Aus dem Doppelleben eines Umlenkers“:

„In letzter Zeit ist des öfteren von dem berühmten Niederbarmer Referentenmaterial und seinem angeblichen Besitzer, Herrn **Sepp Dörter**, Vorlesungen des sozialdemokratischen Bildungsvereins für Niedersachsen, die Mäde gewesen. Der Mann scheint ein geistiges Doppel Leben zu führen, wofür nachstehende Gründe anzuführen sind, die der Leser selbst auf ihre Stütze hältigen werden mögen. Das Ichne ist aber aus der öffentlichen Interesse geboten, damit man erfahre, wonach mit mir vereinbart ist. Beleidigungen kann ich in der Art des Ichne nicht ertragen.“ Antwortet **Sepp Dörter**: „Ich habe Ihnen früher geschrieben, dass Ihnen die Verhandlungen mit mir sehr Nahrhaft seien, ich aber nicht mehr weiß, weil er aus dem Verband ausgeschlossen wurde. Von dieser Möglichkeit möchte ich einiges erzählen, hauptsächlich gefügt auf Briefe, die Dörter selbst geprägt hat. Dörter hatte im Jahre 1901 eine Buchhändlereistraße vor sich. Zwar wegen Verbreitung revolutionärer Gedanken verbot und nahm dann eine Stelle als Buchhändler in Kurath bei Treysa an. Er verjüngte gleich Fühlung mit dem Buchhändlerverband zu nehmen; das scheiterte aber, wie er schrieb: „an dem Einpruch meiner vorgesetzten Behörde“. Warum er seiner vorgesetzten Behörde davon und später auch von dem Beimondum einer Buchbindervereinigung sowie von seiner seit Mai 1904 bestehenden Mitgliedschaft im Buchbinderverband Mittelstellung machte, was seine Entlassung im September 1904 auf den Goldhut hatte, soll Dörter nicht erläutern. Im Mai 1904 war er dem Buchhändlerverband beitreten. Am November kommt er sich häufig um die buchdruckerei eines Bezirksteiles von Minden-Lübbecke. Hier steht dabei: „Politisch stehe ich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms.“ Im Dezember wird sich Dörter um die Stelle eines Gelehrten in Ronnenberg, die gleichfalls als befehlte gedacht war, zu gern haben, er sich als Mitarbeiter der „Buchdrucker-Zeitung“ an. Der Vorstand des Buchbinderverbands lehnte aus leicht begreiflichen Gründen die Anstellung eines ersten in den Verband eingetretenen ab und daraufhin bekleidete Dörter: „Es ist eben die Pflicht des Gelehrtenverbandes, die Kollegen auf solchen Posten solidarisch zu führen.“

In der "Buchbinderzeitung" wird dann weiter erzählt, dass Herr Sepp Dertler seine Richtstellung im Buchbinderverband auf „Korruption“ zurückführte und sich selbst rechtes Lob spendete. Dann fährt die "Buchbinderzeitung"

fort:  
„Mit dieser vorsichtigen Meinung, die Herr Ober von sich selbst hatte, verband er dann noch das Glaubenskenntnis: „Ich w. a. N a c h i s t . Allerdings brachte es männliche Ausrichtung meiner gesamten Lebens- und Weltausstattung sowie nützlicher Betrachtung der Erfahrungen mit sich, daß ich mich in den Boden des sozialdemokratischen Programms einsetzte, ohne mich stolz auf meine Tugend zu machen, nach dem Recht der Freiheit zu nehmen.“ Das war im Januar 1905. Wir waren in einem solchen Glaubenskenntnis erstaunt, und wir erstaunten uns, als uns wurde, in jahrzehntender Jahreszeit, eine solche Entwicklung, wie sie sich in dem Bericht, der die männliche Ausrichtung“ der

## Berichte

**Augsburg.** (Jahresbericht.) Begünstigt durch einen überaus milden Winter, konnte die Bautätigkeit ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Unstetige Arbeitsmangel und der fortgesetzte Angriffslauf am Herzen des Landes ließen die Arbeitsmarktsituation in den ersten Monaten nicht bessern. Am 1. Februar und März ist 17 Mitglieder arbeitslos. Während der Monate Januar bis Juli waren 65 Arbeitslose aufgenommen. 780 Tage ohne Beschäftigung. Die übrige Zeit wurden keine Arbeitslosen geprägt, ja, es bestand und besteht noch heute ein Mangel an Arbeitskräften. Eine Versetzung durfte vorerst nicht eintreten. Die mit dem Arbeitgeberbund vereinbarten Lohnausfällen wurden selbstlos ausgezahlt. Nur in einigen Fällen bedurfte es der mündlichen Auseinandersetzung hierzu. Der vergangene Zeitraum brachte es bei uns auch, wenn auch nur wenig, Freizeitarbeit zu Bauten gegeben. Zur Zeit ist die Erhebung des Arbeitsmarktes gemeinschaftlich, nachdem der Arbeitsmarkt des Landes gemeinschaftlich unter einer Gesamtleitung zusammengefasst wurde. Nach wenigen Wochen gehörte auch dieses Bild vollständig für immer der Vergangenheit an. Nicht weniger Bedeutung findet der Bautechnikerbund. In dieser Vereinigungsepoche musste es nach den Kriegen leider werden. Der Vereinsammlungsbestand und das Organisationsleben ließen sich nicht zu wünschen übrig. So, der meitaus größte Teil der Mitgliedern ist im ganzen Jahr in feiner Besammlung untergebracht. Immer nur wenige sind es und fast kostspielig, die die notwendigen Beschriftungen fassen müssen. An diejenigen Punkte war eine Befestigung dringend nötig. Die Mittagspause ist von der Mitte des Jahres 273 am Samstagvormittag bis einschließlich neun Uhr. Nach diesen Veränderungen ist im Mitglied eingetragen. Bereits 18, gefolgt von 8, ausgetragen 7, zum Heute wurden den 65 eingetragen, und 21 mussten wegen Siedlungen gestrichen werden. Die Mitgliedszählung könnte weiter höhen sein, wenn mehr Werbematerial geleistet worden wäre. Nur eine kleine Zahl von Kollegen beteiligt sich daran, und an den Hauptarbeitsplätzen kann leider mit Versammlungen nicht nachgeholt werden. Außerdem müssten wir zum Heute noch rechtliche Erfahrungen machen mit jenen Kollegen, die vom Herren entlassen oder verblaut wurden. Das Verhältnis

**Siebter Verter hat keine Seite!**

Zu Nr. 2 des „Grundstein“ haben wir im Anschluß an einen Bericht aus Braunschweig die „Wolfsfreunde“ fristlosen gegenüber einstimmt. Dabei haben wir uns einiges über die Redakteure des „Wolfsfreundes“ gefragt und damit, daß diese Herren nach unserer Überzeugung eben aus anarchistischen als auf sozialistischem Boden ständen, sie für abzutreten und unter der Maße von Sog zu lassen. Sie aber drogten uns unter der Maße mit dem Verlust der Arbeitskraft und sie gegen die Werkschaften aufzuhören, verpflichtet. Wir wiesen weiter darauf hin, daß die „Wolfsfreunde“ rechtlos in den Dezember 1916 durch den Wohlstand des Kreises Braunschweig abgewählt seien. Ein Einfluß auf die Gesamtversammlung in der „Gemeinschaft“ Stimmung mache, obwohl sie noch keinen eigenen Angabe genau wußte, daß die Verwirrung dieser Versammlung die Verklärung der Gemeinschaften zur Folge hätte. Wir waren im Anschluß daran die Frage auf, um eine Redaktion, die in dieser Weise die Interessen der Unternehmen befürchtet, nicht wert wäre, zum Zeufel gekauft zu werden. Offen gestanden, waren wir ein wenig skeptisch darüber, was wohl der „Wolfsfreund“ zu unseren Erfahrungen zu sagen hätte. Aber wir haben vergeblich versucht, möglichst den „Wolfsfreund“ durchzulehnen, wir fanden keine Schwierigkeit auf unserer Feststellung darin, daß er sich seit und ein Braunschweiger Freund den „Wolfsfreunden“ vom 16. Januar mit einer rot angestrichenen „Viel Fasching“ titelte, die wir unsern Kollegen nicht vorstellen möchten. Sie lautet:

„Nr. 9. Wenn wir werden und mit dem Grundstein nicht befein. Bei dem gegenwärtigen Seifenfetzen muß man jede Berührung mit einer solchen Maße vermieden.“

Unter Stolzen werden der Meinung sein, doch wünschen das Leben, der ihr Standort als Mönche begegneten, häufig das Leben verloren hielten. Das werden mit anderen Worten nicht tun – nicht wegen Mangels an Seife, sondern, wie die *Vollstreuer*-Mediation für anständige selbst charakterisierte Menschen mit dieser Polis genauso selbstcharakterisiert hat. Es freut mich, dass unter den Feststellungen zu gewinnen haben, dass der *Vollstreuer* darauf nicht zu erwidern weiß. Dagegen halten wir es für nützlich, neues einiges aus der Vergangenheit des Herrn S e p p mitsuziehen, und zwar desshalb, weil sich dieser Herr eben auszumalen unter der Maske eines Sozialisten und Freunde

Gewerkschaften Deutschlands? „Ja“ agitierte war Oertel auch ausdrücklich in einem Brief an zugab. Das Gewerkschaftsbüro warnte da die Gewerkschaften vor Oertlers Vorlagen, und sozialdemokratische Partei drohte mit Austritt aus Oertel durch Austritt zu zwingen. „Unser Büchlein“, meinte Beiträgerin auf Grund der Buchkritik gegen Gewerkschaftsbüro, „der unter dem Vorländer als unvollendet und ungeschlossen wurde, Oertel hieß aber den Ausdruck unvollendet, wie er in einem langen Briefe neunzehn verabschiedete, er wollte also sein Doppelthese Bentalist und Volafist weiterführen. Eine der sozialdemokratischen Perioden Oertlers war damit zum Abschluß gekommen. Nun tauchte er bald darauf in Berlin als anarchistischer Agitator und Mitarbeiter bürgerlicher Blätter auf. Wie lange diese Reisezeit gedauert hat, wissen wir nicht ebenso wenig, wann Oertel seine neue Gattin sozialdemokratischen Partei geholt hat. Wir würden auf die an und für sich ziemlich gleichgültige Person Herrn Oertel gar nicht eingegangen sein, wenn es nicht schien, als ob er sein seelisches Doppelbeben noch immer weiter führte. Denn saß zu derzeit bei, wo er in Berlin und Umgegend Vorlängen über belgische Gewerkschaften während des Krieges hielt, erzielte in „Hamburger General-Anzeiger“ dieses Jahres ein Artikel: „England und das Englands von 1914, die die englische Politik und die englische Volkswirtschaft“ gegenüber der „vierziger Jahre“ verändert habe. Dieses Landes herborchtes, daß man hier für einen Anhänger Politik des 4. August halten mußte. Bleisteht hoffte aber nur ferner „fraktionstreuen Tag“, denn bald dann prangte unter dem bekannten Proklamationstag der Name Oertels mit seinem wollen Titel als Vorsitzender des Bildungsausschusses von Niederrhein.“

Das ist der Mann, der am Zentralorgan der „wahren Sozialisten“, am Braunschweiger „Volksfreund“ als „Sozialist“ die Partei und Gewerkschaften befürdet, Arbeiter „auftläßt“ und sie zu „wahren“ Sozialisten erziehen will. Es ist geradezu ein Standes- und etwas artiges möglich ist. Wohlverstanden: wir haben durch nichts dagegen, daß Herr Dörter seine Überzeugungen hat; das Recht, für seine Ueberzeugungen zu wirken, gesteht;

Vom Bau.

wir selbstverständlich auch den Anarchisten zu; aber dann mögen sie gefälscht als das auftreten, was sie finden, und sich nicht als Wölfe in das Kleid des guten Hirten werfen, um auf diese Weise erfolgreicher für ihre Gedanken wirken zu können.

damit sie nicht auf die Bühne treten. Wir haben Herrn Center nicht gen zu viel von unserem kleinen Theatrum gewünscht; die Gefäße, die die Gewichtsfeindseligkeit von Leuten jenes Schlages und von Blättern wie dem Braunschweiger „Wolfsschund“ darstellen, werden ihm nicht rücksichtslos die Wäsche ausgerissen wird, rechtfertigt es wohl, doch kann dies unzulässig mit ihnen behaftet sein. Aber Herrn Center wünschte heute, wie uns aus Braunschweig mitgetheilt wird, nur die Abteilung des „Wundschuhes“ und „Wolfsfreunds“ nur diejenigen unter Verbandsblättern, die Beben sie er. Er zieht jedoch gar nichts davon ab, dennoch herzhaft. Es wäre gut, wenn er sich erfüllen könnte, er fügt zu der gewichtsfeindseligen Tätigkeit seines Kollegen statt. Den es will uns nicht einleuchten, daß er, der noch dazu Vorstehender des Braunschweiger Gewerbeschultheiſtats ist, die Tätigkeit Center's billigen kann. Zum Schluß möchten wir die Behörden bitten, doch Herrn Center einige Stücke eines Gefangenefarbe zu geben, damit er sich nach Herzogenstädt mit dem „Grundstein“ beschäftigen kann!

## Mißverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmittelpreisen in England

Unter dieser Überschrift finden wir in bürgerlichen Blättern die folgende, anscheinend vom Wolffischen Telegraphenbureau ausgehende Notiz:

Die soeben veröffentlichten amtlichen englischen Zabe-  
lungen über die Lohnerschreibungen während des Krieges sind  
anfeindlich so enttäuschend, daß Protagonisten nicht geneigt  
sind sie zu glauben. Es wird nur gelagert, daß die Lohnerschreibungen  
für 2.935 064 befragte Arbeiter in dem elf Monaten des  
Jahres 1916 höchstens 544 252 Pfund Sterling aus-  
gemacht haben. Die Gesamtlohnerschreibungen in den zweien  
Kriegsjahren hätten für drei Millionen Arbeiter 200.000  
Pfund Sterling in der Woche ausgemacht. Diese theoretische  
absolute Höhe nach „gewöhnlichen“ Befunden demen-  
tiden ein falsches Bild geben. Beträgt doch die Er-  
höhung der Löhne während des Krieges pro Mann und  
Woche nach diesen Befunden berechnet nur circa 8 Schilling  
d. h. M. 8 in der Woche. Bedeutet man, daß die Woche  
löhne in England von 80 bis 40 Schilling in Friedenszeiten  
beigetragen, so sind diese amtlich ermittelten M. 8 pro Woche  
fiederlich ein sehr geringer Zug zu sein. Das muß  
nach so vergleichbarer, doch nach amtlichen englischen  
Angaben in Friedenszeiten bei einem Arbeitstag  
kommen von zirka M. 30 in der Woche allein. 22 für  
Lebensmittel verbraucht, wobei man nach  
Kriegsbeginn um ein Viertel, die wichtigsten kostet  
ihnen aber, wie Regel und Weiß gleich, Süde, Südost-  
West, Ost und Westen und 100 bis 150 M. S. im Bereich  
gelegten. Die jetzigen englischen Löhne stehen daher  
angehoben der geringen Erhöhung für  
die große Masse der Arbeiter in einem  
übrigen Mißverhältnis zu den Kosten der  
Familienkosten (M. 8).

Was in dieser Notis gefragt wird, ist richtig; aber es trifft nicht nur auf die Verhältnisse in England zu, sondern auch auf die deutschen, und zwar auf diese erst recht. In Deutschland waren die Löhne im allgemeinen schon vor dem Kriege niedriger als in England, und die Lohnverhöhung während des Krieges bleibten — wenngleich im Baugebiete — hinter denen in England zurück. Wenn nun schon bürgerliche Blätter erläutern, daß die englischen Wirtschaftserhöhungen gering sind und daß sie in einem so großen Maße verhältniß zu den Kosten der Ernährung stehen, so kann man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß unser Unternehmer daraus die nötigen Rückschlüsse ziehen werden. Denn es wird im Grunde niemand behaupten wollen, daß die Gewerbelebenshaltung in England mehr perturirt habe als in Deutschland.

## Ein Unterstützungschwindler ausgeschlossen und angezeigt.

Unter den Gründen, die in der Sitzung des Verbands beirats im November gegen die nochmalige Gewerkschaft einer Familiunterstützung zu Weihnachten geltend gemacht wurden, war auch der, daß mit dieser Unterstüzung viel Wohlstand getrieben worden sei und daß die Leute es hatten hätten, die auf sie gar keinen Anpruch hätten, die die Unterstüzung trotzdem beiflößt wurden, würden gleichzeitig eine Reihe Vorkehrungen machen beihilflos, um den Verband gegen Betrug zu schützen. Unter anderem müßten die Empfänger durch Namensunterstüzung bestätigt werden der Kriegsteilnehmer, für den die Unterstüzung begonnen wurde, noch in Heeresdienste stand und nicht zur Aufführung von Arbeiten beurlaubt sei. Bereits von einflussreiche Mitglieder hätten nur Anpruch auf die Unterstüzung, wenn diese Entlastung nach dem 10. Dezember folgt war. Trok die Vorwürfe hat der Maurergruppe Fuß in Dresden, der schon am 15. November auf dem Heeresdienst entlassen war, sich im Zweigverein Gelsenkirchen die Unterstüzung auszugespielen, holte die Unterstüzung selbst ab, unterstreichend wahrscheinlich die genannte Entlastung und gab auf ausdrückliches Befragen des Ausschusses an, er sei nach dem 10. Dezember entlassen worden. Er hat also als die Unterstüzung recht erschöpft und den Verband betrogen. Der Verbandsvorstand, dem diese Tatsache berichtet wurde, harrte seiner letzten Sitzung Prüfung auf dem Verbande aus, beihilflos und veranlaßt, daß er bei der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs angezeigt wird. Der Verbandsvorstand der Meinung, daß Leute, die den Verband betrügen, Mitgliedschaft im Verbande nicht würdig sind und für Unstetigkeit werden müssen.

**Vom** *Bauherrn* von S. Lingg-leben Elektral  
Unfälle. Aus der Baustelle von S. Lingg-leben Elektral  
Griesheim Werk II in Bitterfeld geriet am 16. Januar  
der Bauhülfsarbeiter Friedrich Seifner mit dem rechten Auge  
zwischen die Räder zweier Loris, so daß ihm der Arm  
zerquert wurde. Seifner war mit Sandbahnen beschäftigt.  
Als er vor der Lorin herabstieg, wollte, rollte eine Enden-  
zugur heran, und das Lingg-Loft war gelehnt. Eine Nutze-  
fung über den Schuldhüpfen ist eingeleitet.

**Die Förderung des Kleinwohnungsbaues** beweist einen Weitblick der Politisch-Verwaltungskunst! Es ist ein wahrer Meisterstück. Der Bewilligungsantrag dieser Anfahrt umfasst eine leichten Sitzung folgenden Untergang angenommen: „Um die nach dem Kriege drohende Kleinwohnungsnot (Wohnungs- mangel und Teuerung) zu mildern und in Verbindung damit den durch ungünstige Wohnen mehreren Schädigungen der Gesundheit und Arbeitskraft mehreren Versicherungen entgegenzuwirken, empfiehlt die Verwaltung dem Direktorium der Kleinwohnungsförderung, die Kleinwohnungsbefreiung zu fördern.“ Die Baumeister und Bauunternehmern sollen gleichzeitig solche Körperbehörden (Gemeinden, Stiftungen, Bauvereine) mit Darlehen berücksichtigt werden, die oftens die Kleinwohnungsbefreiung auf dem geringsten Kostenanteile betreiben oder unter Wohnungsschäden leidet. Siedlungen werden auf dem Flachbau (Gartenheimbau) aufgebaut und zweitens ihre Siedlungen gegen spekulativen Bevölkerungshunger gefestigt haben. Die Darlehen sollen aber nicht für den Bau der kleinen Wohnungen ausgewandert werden, sondern nur für Wohnungen mit zwei bis drei Zimmern, die für Anwesensteuer bestimmt sind.

Eingegangene Schriften.

Zur Kaninchenzüchter und solche, die es werden wollen, sind einige Schriften bestimmt, die vor dem Erste Weltkrieg erschienen sind. Sie brachte die handlung in Stuttgart, Böhringer & Co. Verlag. Das Kaninchen, seine Pflege und Verwertung heraus, die von Adolf Schumann verfasst und M. I. gestaltet. Ein kleineres Werk ist gegen einen Preis von 20 Pfennig zu erwerben. Es führt den Titel „Kaninchenzucht und Kaninchenhaltung für Friedenszeiten“. Diese Schrift ist von Herrn Ritter verfasst und bereits in dritter Auflage erschienen. Schließlich sei noch eine Schrift „Das Kaninchen und seine militärische Bedeutung in Kriegs- und Friedenszeiten“ erwähnt. Sie ist ebenfalls in dritter Auflage erschienen, und gegen einen Preis von 35 H. zu beziehen, und zwar von A. Käfer, Markt bei Marburg a. d. Lahn. – In der jetzigen Zeit sollte der dazu nur irgend in der Lage ist, Kaninchen züchten um zur Versorgung unserer Truppenbeiträgen.

## Befanntmachungen des Vorstandes

Born 15. 6. 68. 21. Februar haben folgende Zusicherungen  
Gelt. an die Hauptpflicht gekündigt: Altenr. A. 97,55, Hörn.  
46,40. Altenr. C. 14, Urkunz. 16,70. Norden 165,25. Über-  
150. Allesheben 8,50. Wiescherheben 256,20. Bamberg 109,  
Bremberg 208,37. Bremen 9. Bielefeld 292,10. Bresl.  
708,50. Bütow 182,60. Burg i. Dithm. 18,20. Verne 7,  
Bodhun 290,85. Braunschweig 161,45. Böden 46,40. Brandt 55,10.  
Brenne 23,90. Brummersweig 118,62. Barmen-Eberfeld 55,10.  
Born 47,75. Borth 102,70. Budow 6,20. Brunsbüttel 100,00.  
Coswig 89,60. Golbin 16,80. Grimmschau 51,60. Gifhorn  
387,20. Göthen 305,70. Großefehn 10,00. Grünberg 79,95.  
Hannover 100,00. Harburg 15,60. Herford 74,50. Hörde 10,00.  
Iserlohn 14,70. Pries 23,30. Stade 37,70. Tiefer 10. Dreye 10.  
4776,99. Danzig 3369,10. Dorfen 8,70. Eisenberg 1,60.  
Eichenach 76,10. Everswörde 71,50. Ebing 719,15. Nüch-  
wald 194,20. Friesheim 105,60. Fürstenberg i. Med. 50,00.  
Fulda 1,20. Freytag 13,05. Freytagpanne 26,20. Nienburg 523,00.  
Fulda 1,20. Freytag 13,05. Freytagpanne 26,20. Nienburg 523,00.

### Sterbetafel

Dresden. Am 16. Januar starb unser Mitglied **August Zimmermann** (Hilfsarbeiter) aus Radeburg in Alter von 63 Jahren. — Am 17. Januar starb unser Mitglied **Lonis König** (Hilfsarbeiter) aus Oberlichtenau im Alter von 59 Jahren.

59 Jahren.  
**Glenburg.** Am 20. Januar starb unser Kollege **Ferd. Nielsen** (Maurer) im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs.  
**Frankfurt a. M.** (G e s l s b a c h). Am 16. Dezember starb unser Kollege **Philipp Seibert** im Alter von 57 Jahren durch Unfall. — Am 6. Januar starb

Hamburg. Am 15. Januar starb unser Mitglied **Steffen Schümann** (Maurer) im Alter von 76 Jahren an Herzkrankung. — Am 18. Januar starb unser Mitglied **F. Miran** (Maurer) im Alter von 65 Jahren an Herzkrankheit.

30. von 75 Jahren an Hergleiten.  
 November. Am 11. Januar starb unser Mitglied  
**Willy Stöckel** im Alter von 32 Jahren an  
 Sitzgeisteskrankheit.  
 Nürnberg-Fürth. Am 17. Januar starb unser lang-  
 jähriges, treues Mitglied **Philipp Schilling**  
 (Maurer) im Alter von 42 Jahren an Augenleiden.  
 Bözen. Am 17. Januar starb unser Mitglied **Kon-  
 stantin Jabłkowski** (Maurer) im Alter von

10 of 10

**Berl. 1.** (Krankenf. L.) Mittwoch, den 7 Februar,  
abends 8 Uhr, im Saal von Matil, Schulzweidestraße 13.  
Tagesordnung: Abrechnung von vierten Quartal. Bericht  
der Revisoren. Neuwahl des Vorstandes. Kassenanzei-  
genheiten.

**Berlin 2.** (Krankenklasse.) Sonntag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Schmidt, Lychener Straße 3. Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal. Neuwahl des ärztlichen Normalstücks. Nachschidanz.

wahl der örtlichen Verwaltung. Verschiedenes.

**Berlin 3. (Krankenfasse).** Sonntag, den 4. Februar vormittags 10 Uhr, bei Kempin, Ullstein Straße 55. Tagessordnung: Abrechnung von vierter Quartal. Kaffen-anglegenheiten und Neuwahl der Verwaltung. Verschiedenes.

**Berlin 4. (Krankenfasse).** Sonntag, den 4. Februar vormittags 10 Uhr, bei Maes, Bergmannstraße 97. Tagessordnung: Bericht vom vierten Quartal. Wahl der ausländischen Altenwohnsiedlungssassaner. Verschiedenes.

Dresden. Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, im  
Lofal von Paul Künne.